

Die Wiederkehr des Pazifismus

Autor(en): **Hassner, Pierre**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **62 (1982)**

Heft 2

PDF erstellt am: **13.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-163918>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Die Wiederkehr des Pazifismus

«Präsident Mitterrand bestärkt Bundeskanzler Schmidt in seiner Stellungnahme zu den Euro-Mittelstreckenraketen.» Eine scheinbar harmlose Überschrift («Le Monde» vom 9. Juli 1981) – doch welche Paradoxien und historischen Umkehrungen verbergen sich dahinter! Der Mann, der die Kommunisten in die Regierung eines grossen westlichen Landes aufgenommen hatte, das seit dem von General de Gaulle vollzogenen Rückzug aus der militärischen Organisation der NATO des Neutralismus bezichtigt wird, eilt dieser zu Hilfe und appelliert in diesem Sinn an die öffentliche Meinung jenes Landes, das seit einer Generation den ersten Preis der atlantischen Bündnistreue verdiente.

Der Mann, dessen politische Verbündete, dessen gegenwärtiger Verteidigungsminister die «Legende» einer sowjetischen Überlegenheit und die Gefahr der amerikanischen Raketen nicht genug entlarven konnten, gibt zu, dass diese Überlegenheit besteht und die amerikanischen Raketen notwendig sind; er tut es mit mehr Nachdruck als Helmut Schmidt, der als erster auf die Gefahr der sowjetischen SS 20 aufmerksam gemacht hatte. Heute sind es François Mitterrand, Pierre Mauroy und Claude Cheysson, die über den Neutralismus und den Pazifismus bei ihrem Nachbarn den Kopf schütteln . . .

Rollentausch

Dieser Rollentausch ist für Westeuropa von grosser Bedeutung. In der Mitte der siebziger Jahre war man in den NATO-Kreisen über mangelnde Stabilität der Südflanke beunruhigt. Nun hat sich in den Jahren 1977–1978 und 1981 die Südflanke – mit Ausnahme Griechenlands – politisch nach rechts entwickelt; das Portugal der Nelken ist ein Muster atlantischer Orthodoxie geworden; die türkischen Militärs machen die schüchternen neutralistischen Anwendungen ihrer Vorgänger praktisch zunichte; Spanien ersucht in Eile um NATO-Mitgliedschaft; Italien hat als einziger NATO-Staat die Raketenbasen fast diskussionslos bewilligt. Der Pazifismus des Nordens und die Radikalisierung der sozialdemokratischen Parteien scheinen die NATO-Planer zu erschrecken. In den Augen amerikanischer Kon-

servativer hat die Sozialistische Internationale unter deutscher Führung den Eurokommunismus als Gefahr Nummer eins abgelöst.

Der Sieg François Mitterrands und die Anwesenheit kommunistischer Minister in der Regierung Frankreichs im Jahre 1981 wecken Hoffnungen und Befürchtungen; die Wahlerfolge der Sozialisten in Italien, Griechenland und Spanien könnten auf ein Erwachen der Linken im Mittelmeerraum hinweisen. Aber die Haltung Frankreichs in der Frage der nuklearen Abschreckung und des europäischen Gleichgewichts sowie das Bekenntnis zur NATO der italienischen Sozialisten zeigen, dass trotz grösseren Interessen der Linken für multilaterale Verhandlungen und für die kollektive Sicherheit die Umkehr nicht vollständig ist. Andrea Papandreous PASOK und F. Gonzalez' PSOE können zwar für die Dritte Welt und antiamerikanisch eingestellt sein; sie tendieren aber nicht zum moralisierenden Pazifismus, zur Rückkehr des Glaubens an Abrüstung und Rüstungskontrolle. Das bleibt immer noch das Reservat der Protestanten. In diesem Punkt ist jedoch der Rollentausch zwischen Amerikanern und Europäern ebenso spektakulär, wenn nicht noch wichtiger. Bis 1978 waren zahlreiche Europäer über die Schwäche der Vereinigten Staaten beunruhigt, über ihren Hang, mit der UdSSR Rüstungsabkommen über den Kopf der Europäer hinweg abzuschliessen. Und jetzt beunruhigen sich zahlreiche andere – und manchmal die gleichen – Europäer über die Anstrengung der Vereinigten Staaten, ihre verlorene Überlegenheit zurückzugewinnen und über ihre Bereitschaft, die Rüstungskontrolle zu opfern.

Ersteres war eine amerikanische «Religion», welche die Vereinigten Staaten den skeptischen Europäern aufzuzwingen suchten; sie ist zum europäischen Glauben geworden, ausgestattet mit der gleichen Mischung idealistischen Eifers und sowjetischer Manipulation wie vor dreissig Jahren die Friedensbewegung zur Zeit des Stockholmer Aufrufs und Picassos Taube, oder vor zwanzig Jahren bei der Kampagne für die einseitige Abrüstung, zur Zeit der Märsche von Aldermaston und der Kampagne Bertrand Russells; mit dem Unterschied, dass sie heute auf die Politik bedeutender Länder einen weit grösseren Einfluss ausübt.

Es ist, als ob heute auf beiden Seiten des Atlantiks «moralische Mehrheiten» – die natürlich in Wirklichkeit stark engagierte Minderheiten darstellen – den Ton angäben. Nur besteht Moral in der Aussenpolitik für die einen in militärischer Überlegenheit und in der Unterstützung jeglicher entschieden antikommunistischer Regime oder gar überhaupt in der Zerstörung des Kommunismus, während für die anderen Unmoral in nuklearen Waffen (zuma in den Neutronenwaffen) und allgemeiner im Militärwesen verkörpert ist, wenngleich solche Kritik in der Regel auf die westliche Seite beschränkt bleibt.

Selbstverständlich wird kein Land durch seine jeweilige «moralische Mehrheit» regiert. Diese «Mehrheiten» repräsentieren Stimmungen, manchmal auch Bewegungen, noch nicht politische Konzepte. Andererseits sind die politischen Leitlinien von Regierungen stark von innenpolitischen Gegebenheiten bestimmt, und es sind diese Gegebenheiten, die politische Leitlinien so stark von den Wirkungen solcher Bewegungen und dem noch diffusen Einfluss solcher Stimmungen abhängig werden lassen.

Technik und Politik

Dies scheint in besonderem Masse auf das heutige Europa zuzutreffen, und zwar nicht erst seit der Wahl Reagans und seit die Politik der neuen Administration in Umrissen erkennbar zu werden beginnt – Dinge, die diesen Trend nur verstärken. Robin Ranger hat sein Buch «Arms and Politics» auf die Unterscheidung zwischen der amerikanischen technischen Denkweise in der Rüstungskontrollpolitik und der mehr politischen der Sowjetunion gegründet. Er würde selbstverständlich einräumen, dass die technische Denkweise sogar im amerikanischen Fall gewisse politische Einstellungen und Forderungen voraussetzt. In der westeuropäischen Rüstungskontrollpolitik gibt es die technische Vorgehensweise fast gar nicht (ausser vielleicht bis zum gewissen Grade bei Bundeskanzler Schmidt). Rüstungskontrolle ist hier ihrer Natur nach mindestens so politisch wie im sowjetischen Fall. Der politische Zweck der Rüstungskontrolle scheint indessen in Westeuropa mindestens ebenso sehr durch innenpolitische Gegebenheiten bedingt zu sein wie durch irgendwelche langfristigen Vorstellungen über Aussenpolitik.

In der Bundesrepublik sind diese drei Dimensionen sogar unauflöslich miteinander verknüpft. Erstens existiert die verbreitete Überzeugung, dass es auf allen Ebenen ein Gleichgewicht geben müsse, und zwar vorzugsweise eines, das aus Verhandlungen resultiert. Zweitens gibt es im Sinne langfristiger Zielsetzungen eine politische Festlegung auf Rüstungskontrolle als Mittel zur Entspannung und auf Entspannung als ein Mittel der Ostpolitik und schliesslich der Deutschlandpolitik. Und drittens besteht eine politische Notwendigkeit im Hinblick auf praktische innenpolitische Gegebenheiten – ähnlich wie für die meisten anderen sozialdemokratisch geführten Regierungen – den linken Flügel der Regierungspartei und die durch diesen integrierbaren pazifistischen Gruppierungen zufriedenzustellen (oder hier zumindest einen Kompromiss zu finden), um die Kontrolle über die Partei zu wahren.

Daraus wird deutlich, dass man, um die neuen europäischen Einstellungen zur Rüstungskontrolle zu verstehen, die fast unlösbare Aufgabe auf

sich nehmen muss, Zusammenhänge herzustellen: zwischen der globalen Situation, vor allem in bezug auf die Entwicklung der Militärtechnik und die Beziehungen zwischen den beiden Supermächten; den sozialen, kulturellen und psychologischen Trends, die überall auf dem Kontinent in der neuen politischen Generation verkörpert sind, vor allem da, wo sie für eine bestimmte politische Kultur stehen, wie sie in protestantischen und sozialdemokratisch geführten Ländern existiert; und schliesslich der spezifischen geopolitischen Situation und den innenpolitischen Gegebenheiten jedes einzelnen Landes.

Der heisse Friede

Was ist so überraschend und so erklärungsbedürftig im Verhalten westeuropäischer Regierungen in Fragen der Rüstungskontrolle? Die Tatsache, dass die Europäer anders als vor einigen Jahren der Rüstungskontrolle in einer Phase höhere Bedeutung zumessen, in der die USA sie eher herabstufen, liesse sich damit erklären, dass die Stimmung in den Vereinigten Staaten sich mehr gewandelt hat als die in Europa und dass darüber hinaus die zeitliche Phasenverschiebung zwischen modischen Positionen – erst Ablehnung der neuesten amerikanischen Laune durch die Europäer, dann Bekehrung der Europäer einige Jahre später zu eben dem Zeitpunkt, an dem die USA sie zugunsten einer neuen preisgeben – hinreichend aus der Abfolge der NATO-Doktrinen vertraut ist.

Es gibt indessen einen Grund, über diese herkömmliche Erklärung hinauszugehen: Die Tatsache, dass die Invasion Afghanistans die Opposition gegen das TNF-Modernisierungsprogramm der NATO nicht etwa entmutigt, sondern, wie es scheint, sogar noch verstärkt hat, lässt vermuten, dass Rüstungskontrolle für die Europäer eher durch den verzweiferten Versuch zur Rettung der Entspannung unter ungünstigen Umständen bestimmt ist als durch realistische Einschätzung der Bedingungen des Gleichgewichts und der Aussichten für Verhandlungen.

Allerdings haben diese europäischen Einstellungen sicher einen absolut rationalen und begründeten Aspekt, besonders angesichts der realen Gefahren des militärisch, wirtschaftlich und ideologisch abenteuerlichen Charakters der Reaganschen Reaktionen auf die sowjetischen Fortschritte. Aber dieser rationale Kern könnte auf alle Fälle nur eine partielle und im nachhinein erfolgende Rechtfertigung der Haltungen bringen, die sich vor mehreren Jahren zu entwickeln begonnen haben und die aus dem Wirken unterschiedlicher Tendenzen hervorgehen.

Die Epoche, in der wir leben und die ich als «heissen Frieden» bezeichne,

wird durch zwei Merkmale charakterisiert. Einerseits ist es gleichzeitig eine Epoche des Wiederauflebens der Ost-West-Spannungen und der Risiken militärischer Auseinandersetzungen sowie auch der wirtschaftlichen Krise; andererseits folgt sie auf eine glücklichere Zeit der Entspannung und der Prosperität, der wiederum eine härtere Zeit vorausgegangen war, nämlich jene des Kalten Krieges und des wirtschaftlichen Wiederaufbaus, und sie vereint gewisse Züge der beiden vorhergegangenen Perioden. Das Resultat ist, dass *nie zuvor in entscheidenden Fragen so wenig Konsens bestand*.

Zwar gab es während des Kalten Krieges Politiker wie Aneurin Bevan, die aus Opposition gegen die Aufrüstung, gegen die Atomwaffen, gegen die Reduktion der Sozialausgaben demissionierten –, die grossen sozialistischen oder sozialdemokratischen Parteien haben sich erst gegen Ende der fünfziger Jahre an die atlantische Orthodoxie angeschlossen, so die deutsche SPD und anfangs der sechziger Jahre der PSI Italiens. Und es gab während der Jahre euphorischer Entspannung zwischen 1969–1970 und 1973–1974 bedeutende Männer und Gruppierungen, die sie als Illusion brandmarkten. Immerhin bestand ein Konsens während der ersten Periode, die der sowjetischen Bedrohung den Vorrang zugestand, und der zweiten Periode, die ihn den inneren Problemen zuerkannte. Diese Prioritäten widerspiegelten sich sowohl in den Regierungsbudgets als auch in der öffentlichen Meinung.

Heute besteht kein solcher Konsens mehr. Das gleichzeitige Auftreten der Krise der Entspannung und der Weltwirtschaft nach 1973, das Aufkommen der Furcht vor einem Krieg und einer Wirtschaftskatastrophe stellen die Frage nach den Prioritäten: Butter oder Kanonen, Sozialausgaben oder Rüstungsausgaben, Entspannung oder Verteidigung.

Nun geben natürlich die Linksbewegungen in allen Ländern und innerhalb der westlichen Allianz in Ländern mit einer starken sozialstaatlichen Tradition den sozialen Problemen gegenüber den militärischen den Vorrang, aber sie betrachten die Rüstungskontrolle als ein Mittel, um beide miteinander zu versöhnen, um das Mindestmass an erforderlicher Sicherheit zu einem wirtschaftlichen und psychologischen Mindestpreis zu gewährleisten.

Der zeitliche Ablauf des «heissen Friedens», der gleichzeitig die letzte Phase einer abnehmenden Entspannung und die erste Phase eines wiederauflebenden Kalten Krieges ist, ist nicht weniger wichtig. Die einen halten verzweifelt an der etwas sicherer scheinenden Welt der siebziger Jahre fest, die anderen bemühen sich, die psychologisch ergiebigere Eindeutigkeit – antisowjetisch oder antinuklear – der fünfziger Jahre wiederzuerwecken: dies in einer Welt, deren vielfältige Spannungen beide Sehnsüchte unreal machen.

Pazifismus gestern und heute

Unter den Jugendlichen, deren Reaktionen, mindestens in Europa, sicher in der Bundesrepublik, hauptsächlich mit Antimilitarismus und Abscheu vor der «Rückkehr zum Kalten Krieg» zu tun haben, führt dieser psychologische Mechanismus zur Neugeburt alter Bewegungen, jedoch mit noch grösserer Intensität.

Man hat behaupten können, dass das Ansteigen des Neutralismus und Antiamerikanismus, vor allem in der Bundesrepublik der Entspannung und dem Rückgang der amerikanischen Macht zuzuschreiben sei, aber auch umgekehrt dem Rückgang der Entspannung und dem Hegemoniebestreben Amerikas. Eigentümlich ist die Verknüpfung beider Thesen.

Es trifft zu, dass die Entspannung zum Niedergang der Anti-Atom-Bewegung geführt hat, und dass das Ende des Vietnamkrieges den Niedergang des Antiamerikanismus zumindest in dessen kämpferischsten Form mit sich gebracht hat. Aber es trifft auch zu, dass sie dazu geführt haben, den überholten Charakter des Ost-West-Konflikts und der Militärmacht als Selbstverständlichkeit zu betrachten. Damit wurde anderen Prioritäten der Platz eingeräumt: Dritte Welt, Umweltschutz, Frauenemanzipation oder einfach psychologische und soziale Selbstbestätigung.

Man hört jetzt, dass das Fest vorbei ist, dass man auf die Vordringlichkeit der sowjetischen Bedrohung und der Militärbudgets zurückkommen muss und das zu einem Zeitpunkt, an dem die wirtschaftlichen Schwierigkeiten die neuen, auf Überfluss beruhenden Prioritäten ebenfalls in Frage stellen. Das erzeugt ein Gefühl der Verbitterung und der Verweigerung. Man muss verstehen, dass die Umkehrung einer positiven Entwicklung viel schwerer zu ertragen ist als die ihr vorausgegangene Lage. Dazu kommt, dass die Generation der Entspannung sich doppelt geschlagen geben müsste, wenn sie die Rückkehr zu den Werten und den Prioritäten ihrer Eltern akzeptierte, die auf einer ihr vollkommen fremden Erfahrung beruhten.

Unter Aktivisten führt dies zu einer explosiven Verbindung der Themen von gestern – der Gegenkultur – und der Anliegen von vorgestern – der Friedensbewegung. In der Bundesrepublik hat Erhard Eppler vorausgesagt, dass die Grünen ihre Widerstandstaktik von zivilen Kernkraftwerken auf amerikanische Stützpunkte ausdehnen würden, und Horst Ehmke sah diesen Vorgang bereits im Gange, als er sagte, in den sechziger Jahren habe die Jugend gegen Kernwaffen, in den siebziger Jahren gegen Kernkraftwerke protestiert – nun protestiere sie gegen beides. Ähnlich kämpfen skandinavische Friedensforscher, die in den sechziger Jahren noch eine Kriegsgefahr verneinten und nachdrücklich die revolutionäre Mobilisierung in der Dritten Welt zu unterstützen suchten, nunmehr gegen westliche

Radareinrichtungen. Von der durch Moskau organisierten Friedensbewegung unterscheiden sie sich dabei nur noch durch ihre gewaltsamere Taktik.

Vergangenheit und Gegenwart verbinden sich in der Art, in der die Europäer die beiden Grossmächte, ihre Stärken und Schwächen und deren Auswirkungen auf Europa wahrnehmen. Die Feindseligkeit gegen Kernwaffen ist eng verbunden mit der Feindseligkeit gegen die Vereinigten Staaten. Ist sie nicht unbedingt mit einer sowjetfreundlichen Einstellung verbunden, so trifft sie sich doch unvermeidlich mit ihr.

Sogar wenn der neue Kalte Krieg und die neue Aufrüstung in Wirklichkeit Antworten auf die Invasion Afghanistans und die Stationierung der SS-20-Raketen sind, so sind es die Vereinigten Staaten, die im Westen heute Sturm läuten und davon sprechen, neue Kernwaffen einzusetzen; folglich sind auch sie die hauptsächlichste Zielscheibe des Ressentiments. Gewiss wird diese Haltung vom Erbe des Vietnamkriegs genährt. Ohne Zweifel kommt auch daher die konstante Anwendung von zweierlei Massen seitens des schwedischen Moralismus in den Ost-West-Angelegenheiten oder, ausgedrückt im Brief einer Gruppe deutscher Schriftsteller, die ebensowenig des Prosowjetismus bezichtigt werden können wie der bekannteste unter ihnen, Günter Grass, und in welchem steht, die Vereinigten Staaten hätten jegliches Recht verloren, sich über die Besetzung Afghanistans zu entrüsten.

Diese Tendenzen werden durch die Politik der Reagan-Administration in Mittelamerika und in anderen Regionen verstärkt, wobei El Salvador zum Vorwand für die Ablehnung der Nachrüstung wird. Unter Carter boten die USA den Europäern ein Bild des Schwankens und der Unbeständigkeit. Unter Reagan beginnen sie wieder, einen Eindruck von Stärke, aber eben auch von Aggressivität zu geben.

Der Sowjetunion hingegen gelingt es, gleichzeitig einzuschüchtern und zu ermutigen. Sie erscheint stark und entschlossen, aber gleichzeitig ist sie immer bereit, mit neuen Vorschlägen für die militärische Entspannung aufzutreten und, mit Echo bei Politikern im Westen, zu verkünden, dass sie «um den Frieden zittert». Eine Zeitlang war es dem Westen auf dem Weg der Rüstungskontrolle gelungen, das Thema des Friedens zu seinem Vorteil wiederaufzugreifen, und zwar erstmals mit der gleichen Klarheit wie dasjenige der Menschenrechte. Heute läuft er Gefahr, beide zu verlieren, und das erste zugunsten der Sowjetunion. Allerdings ist die neue Generation der Anhänger der einseitigen Abrüstung den Sowjets gegenüber viel kritischer als die vorhergehende; die vom Historiker E. P. Thompson angeführte britische Kampagne beabsichtigt, beiden Weltmächten die gleichen Fragen zu stellen und hofft dabei, im Sowjetblock wie im Westen die gleiche Gesinnung wachzurufen. Doch ist diese lobenswerte Bestrebung nicht auch

der Ausdruck einer vorgetäuschten oder echten Ignoranz über die Unterschiede der Mechanismen der Meinungsäußerung und der Beschlussfassung in Ost und West?

Der UdSSR gelingt der dreifache Kraftakt, zu einer ausserordentlichen Aufrüstung zu schreiten, die sich hauptsächlich gegen Europa richtet, und dabei ihr Volk immer mehr zu militarisieren, und sich trotzdem an die Spitze einer Friedenskoalition zu stellen. Mit ihr identifizieren sich intellektuelle und politische Kräfte Westeuropas, die in anderen Fragen, wie jenen der Menschenrechte, Afghanistans oder Polens, gegenüber den Sowjets viel kritischer eingestellt sind. So ist die fortschreitende «Entnuklearisierung» Europas das gemeinsame Thema der meisten sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien, des Dialogs der europäischen Linken – insbesondere zwischen dem linken Flügel der SPD und den italienischen und spanischen Kommunisten – und der Rede Breschnews am 26. Parteikongress der KPdSU.

Es ist Breschnew gelungen, das ganze Spektrum der den westeuropäischen Linken zusagenden Friedensvorschläge abzudecken, ohne irgendeine echte Konzession zu machen. Seither greift die UdSSR diese Vorschläge direkt oder indirekt, pauschal oder im Detail bei allen potentiellen Partnern, Regierungen, Parteien, der sozialistischen Internationale, den als «fortschrittlich» oder «realistisch» bekannten Fraktionen dieser Organisationen immer wieder auf, je nachdem mit Gesten, Versprechungen oder Drohungen begleitet. Dabei hilft ihr die doppelte Ungeschicktheit der amerikanischen «Falken» und der europäischen «Tauben».

Unter den externen Faktoren, die den ganzen Kontinent betreffen und praktisch überall gewisse Auswirkungen haben, gibt es einen, der tatsächlich mit Rüstungskontrolle im wohlverstandenen Sinne zu tun hat – die Entwicklung der Rüstung und der Strategien. Erstens steigert die Parität auf interkontinentaler Ebene das Interesse der Amerikaner, die Eskalierung zu vermeiden, was einen Krieg auf europäischem Boden nicht unbedingt ausschliesst. Falls er ausbrechen sollte, müsste vermieden werden, dass er sich auf den amerikanischen Kontinent ausbreitet. Die amerikanischen Euro-Raketen, die in der Lage sind, Ziele in der Sowjetunion zu treffen und welche diese eliminieren müsste, wenn sie Westeuropa angreifen sollte, sind dazu bestimmt, dieser Tendenz zur «Abkoppelung» oder zur «Abschaltung» entgegenzuwirken, um die Eskalierung, das heisst die Abschreckung, zu garantieren; man wird aber begreifen, dass sie mit einem Verdacht belastet sind, den man nicht ganz ausschalten kann – liegt er doch in der Geographie selbst begründet.

Zweitens tragen die grössere Präzision der Raketen, der doktrinale Trend der Anwendungsstrategien und der politische Kontext, der neuerdings einen

bewaffneten Konflikt weniger unwahrscheinlich erscheinen lässt, dazu bei, die atomare Abschreckung eines Teils des ihr in Zeiten der Entspannung anhaftenden Charakters zu berauben. Die Verbindung zwischen Abschreckungswirkung und Glaubwürdigkeit des Einsatzes ist der öffentlichen Meinung in Zeiten der Krise schwer zu vermitteln, wenn sich erweist, dass die auf europäischem Territorium stationierten europäischen Nuklearwaffen wirklich eingesetzt werden könnten oder dass sie den sowjetischen «Atomblitz» auf dasjenige Land lenken würden, das sie untergebracht hat.

Die sowjetische Propaganda verbreitete gleichzeitig die Vorstellung, dass die Vereinigten Staaten beabsichtigen, von Westeuropa aus einen atomaren Angriff gegen die UdSSR zu starten und, umgekehrt, dass die Anwesenheit von Mittelstreckenraketen die Gefährdung Westeuropas durch einen sowjetischen Angriff erhöht. Der erste Gedanke ist absurd, sei es auch nur wegen der quantitativen Gegebenheiten; der zweite kann nicht total ausgeschaltet werden, wenn man beifügt, dass die einzige Hypothese, in der Europa weniger verletzlich wäre, jene der Entnuklearisierung und der totalen Neutralisierung, ja sogar der Sowjetisierung wäre, wobei die geplanten Mittelstreckenraketen gleichzeitig weniger verletzlich und für die UdSSR im Falle eines Präventivschlags gefährlicher wären als die gegenwärtigen nuklearen Einrichtungen. Dieser zweite Gedanke stösst auf ein grösseres Echo als der erste und könnte sehr wohl die wirkliche Motivierung für all jene darstellen, welche in seinem Namen zu ihrer Kampagne führen. Mit anderen Worten: *Die Anprangerung eines unwahrscheinlichen amerikanischen Angriffs könnte als Alibi für die Furcht vor einem sowjetischen Angriff dienen, der weniger unwahrscheinlich wäre.* Daher der Wunsch, jegliche Gefahr eines Atomkriegs auszuschalten, wenn auch der Preis in der Umwandlung Europas in eine atomwaffenfreie, von aussen kontrollierte Zone bestünde: «Besser rot als tot».

Europäische Varianten

Wir sind von den Zwängen und Pressionen ausgegangen, die sich auf ganz Westeuropa erstrecken. Die genannten Beispiele zeigten, dass deren Wirkung im Norden stärker ist als im Süden, bei den Protestanten stärker als bei den Katholiken, auf der Linken stärker als auf der Rechten, bei den Jungen stärker als bei den Alten, bei den Protestbewegungen stärker als bei den Regierungen.

Vielleicht ist die wichtigste Frage jene nach der diffusen Wirkung dieser Tendenz auf all jene, die nicht deren unmittelbare Träger sind: Ansteckung, Kompromiss oder Reaktion im entgegengesetzten Sinn? In dieser Frage kommt die Verschiedenheit der Entwicklung zum Ausdruck. So ist die

radikalere Haltung der Jugend nicht unbedingt auf das Problem des Friedens, ja, nicht einmal auf dasjenige der Ost-West-Beziehungen gerichtet, obwohl diese natürlich davon betroffen sind. Sie ist auch nicht auf die sozialistischen oder kommunistischen Parteien beschränkt. In der Bundesrepublik ist sie bei den Jung-Demokraten ebenso verbreitet.

Die protestantischen Kirchen sind politisch engagierter, was sie nach links gedrängt hat, im Zeichen ihres Interesses an den Befreiungsbewegungen der Dritten Welt und ihrer Opposition gegen die Atomwaffen. Die den Revolutionären Zimbabwes bewilligte Hilfe hat innerhalb des Weltkirchenrates die erste politische Krise ausgelöst. Während sich in Lateinamerika die katholische Kirche in der gleichen Richtung entwickelt hat, handelt es sich in Europa vor allem um ein protestantisches Phänomen, wie dies die gegensätzlichen Einstellungen der katholischen Bayern und der Protestanten Norddeutschlands in bezug auf die Kernwaffen zeigen. Wenn auch die Vereinigten Staaten ihre eigenen protestantischen und Drittweltbewegungen, insbesondere die Quäker, haben, so liegt doch die spektakulärste und mächtigste Bewegung auf der Rechten: nämlich jene der neuen Fundamentalisten und der moralischen Mehrheit, während die katholische Kirche eher eine leichte Linkstendenz aufweist.

Auch im Fall Europas muss man sich vor Verallgemeinerungen hüten. In den Ländern mit protestantischer Mehrheit werden die katholischen Bewegungen mehr oder weniger in der gleichen Richtung beeinflusst. Das trifft vor allem für Holland zu, und noch allgemeiner für eine Bewegung wie Pax Christi.

Sogar bei den protestantischen Ländern Westeuropas ist die jeweilige Bedeutung des religiösen Faktors in antinuklearen Protestbewegungen von Land zu Land verschieden. Besonders stark scheint dieser Faktor in den Niederlanden zu sein. In Dänemark ist die Frauenbewegung, die anderswo keinen spürbaren und direkten Einfluss gewonnen hat, mit ihrem Appell «Frauen für den Frieden» offenbar ein erheblicher Faktor geworden. In der Bundesrepublik und in Grossbritannien gibt es eine Tradition – Pastor Niemöller, Canon Collins – der einstigen Kampagne für nukleare Abrüstung. Wie Horst Ehmke hervorgehoben hat, ist die Rolle der Kirche auch im neuen Antimilitarismus, der derzeit in der Bundesrepublik wächst, beachtlich. Im grossen ganzen ist es indessen wohl angebracht zu sagen, dass – mit der möglichen Ausnahme der Niederlande – das Besondere der protestantischen im Unterschied zu mediterranen und katholischen Kulturen eher von einer allgemeinen Tradition der Gewissenspolitik, des individuellen Protestes, des Pazifismus, des Moralismus und der Infragestellung staatlicher Autorität herrührt als von einer direkten Rolle der Kirchen oder der religiösen Bewegungen.

Ereignisse in der Bundesrepublik wie der Hamburger Kirchentag im Juni 1981 haben indessen gezeigt, dass die deutschen protestantischen Kirchen zunehmend zur pazifistischen Seite neigen und dass nichtreligiöse linke Gruppierungen mehr und mehr die Taktik verfolgen, religiöse Initiativen und Institutionen als Vehikel ihrer eigenen Kampagnen zu benutzen. Nicht ganz unähnlich dem Verhältnis der katholischen Kirche in Polen zu den Dissidenten könnten die protestantischen Kirchen in Ländern wie der Bundesrepublik somit in eine Rolle geraten, in der sie Forderungen weitertragen und legitimieren, die ausserhalb der etablierten politischen Institutionen aufkommen, aber auf eine Unterminierung oder Umwandlung eben dieser Institutionen abzielen.

Zwischen Härte und Kapitulation

Nichts veranschaulicht diese diffuse Rolle der unterschiedlichen politischen Kultur besser als der Kontrast zwischen Frankreich und Grossbritannien zu Beginn der sechziger Jahre, als sich in Grossbritannien die Kampagne für die einseitige Abrüstung ausweitete und in Frankreich nichts dergleichen geschah. Man findet diesen gleichen Kontrast in den Sorgen, die Valéry Giscard d'Estaing über den Neutralismus in Skandinavien und später Aussenminister Claude Cheysson über jenen Grossbritanniens geäussert haben. Dieser Kontrast muss im Zusammenhang mit der relativen Schwäche der ökologischen Bewegung in Frankreich gesehen werden, mit dem einzigartigen Charakter des französischen Programms der Kernkraftwerke und ganz allgemein mit dem Fehlen jeder echten, von der Basis ausgehenden aussenpolitischen Bewegung in Frankreich.

Die französische Einstellung ist ein kalter Realismus, der Skepsis oder Zynismus in bezug auf den Staat mit einer nüchternen, aber ziemlich verständnisvollen Akzeptierung der Staatsräson verbindet – daher, zum Beispiel, die Sympathie für Richard Nixon und das totale Unverständnis für die amerikanische Reaktion in der Watergate-Affäre, die umgekehrt von den Holländern geteilt wurde.

Die Franzosen haben einen ebenso tiefen wie alten Hang zum Neutralismus wie die Skandinavier, weit mehr als die Deutschen oder die Briten. Er beruht aber eher auf der Tradition des «égoïsme sacré», der ungebundenen Hände, der Notwendigkeit für ein grosses Land, weder ständige Freunde noch Feinde zu haben, als auf der Moral. Er wurzelt in Machtpolitik und nicht in deren Ablehnung.

Im atomaren Bereich liegen die Dinge weniger einfach. Die Franzosen scheinen mehr Vertrauen als alle anderen in die Stabilität des nuklearen Gleichgewichts zu setzen. Daher gab es bei ihnen in der Kuba-Krise absolut

keine Anzeichen von Panik. Zwar sind sie für die nukleare Abschreckung, aber sie sind gegen deren möglichen Einsatz und sogar gegen die Drohung mit diesem Einsatz in einer Krise. Ihre bevorzugte Politik ist jene des nuklearen Bluffs, in der festen Überzeugung, dass er nicht auf die Probe gestellt werden wird, oder jene des Kompromisses oder der Kapitulation, wenn es doch geschehen sollte.

Italien steht durch die realistische Tradition und das Fehlen von Moralismus, das die katholischen und lateinischen Kulturen kennzeichnet, Frankreich nahe, unterscheidet sich aber durch den Verzicht auf die Rolle einer Grossmacht und den Vorrang der Innenpolitik. Daraus resultiert eine Art von *pazifistischem Atlantismus* – eine totale Ausrichtung auf die Vereinigten Staaten, Beschützer der bestehenden politischen und sozialen Ordnung, denen man alle militärischen Basen gewährt, die sie haben wollen – und grosse Passivität in militärischen Angelegenheiten.

Zudem bedeutet der Primat der Innenpolitik weniger jenen der öffentlichen Meinung als jenen des politischen Kalküls innerhalb des Parteienspiels. Wenn Italien bis jetzt das Land war, das der Stationierung der NATO-Raketen am schnellsten zugestimmt hat, so deshalb, weil dabei jede Partei auf ihre Rechnung kam: die Christdemokraten, um sicher zu sein, dass sie von den Vereinigten Staaten nicht im Stich gelassen werden, die Sozialisten, um ihnen diese bevorzugte Rolle zu entreissen und um überdies die Kommunisten zu isolieren, und diese selber, um sich nicht isolieren zu lassen und durch den gemässigten und nuancierten Kurs ihrer Gegnerschaft zu zeigen, dass sie nicht zur unverantwortlichen Linken gehören und nicht Moskaus Weisungen befolgen.

Sozialisten: die neutralistische Versuchung

Ähnliche Einstellungen zu Atomwaffen und zum Neutralismus finden sich in den kleineren Staaten des nördlichen Europas – Einstellungen, die allgemeiner durch die politischen Kulturen bestimmt sind, welche die Haltung zum internationalen Leben überhaupt prägen, wenngleich im Rahmen geschichtlicher Entwicklung und mit nationalen Unterschieden. Selbstverständlich gibt es hier die Tendenz kleiner Mitgliedstaaten der Allianz – vor allem in Phasen wirtschaftlicher Schwierigkeiten – sich auf den *Gratiseffekt* einer Schutzmacht zu verlassen und die eigene nationale Verteidigung aufzugeben, oder aber, falls die Schutzmacht kein Vertrauen mehr genießt, einen Ausgleich mit dem bedrohlicheren Gegner zu suchen. Es gibt auch das Beispiel der Entwicklung in der Bundesrepublik, das offenbar vor allem in den Beneluxländern stark gewirkt hat. Es gibt die Radikalisierung inner-

halb der sozialdemokratischen Parteien. Vor allem aber gibt es das Wiederaufleben einer neutralistischen Tradition, die in den meisten Fällen erst nach den unglückseligen Erfahrungen des Zweiten Weltkriegs aufgegeben worden war.

Es ist eine Mischung aus abstraktem utopischem Internationalismus oder Pazifismus und kurzfristiger pragmatischer Anpassung an Machtverhältnisse, die im Fall Dänemarks durch die Politik eines Mannes wie Scavenius symbolisiert ist, des Aussenministers, der Dänemark aus dem Ersten Weltkrieg herausgehalten hat und der im Zweiten Weltkrieg der letzte Ministerpräsident war, der mit den Deutschen zusammengearbeitet hat. Gleichwohl mögen die Unterschiede wichtig sein, zwischen Belgien und den Niederlanden, zwischen einem eher nationalistischen Norwegen und einem bescheideneren Dänemark oder zwischen diesen beiden und einem Schweden, das Neutralität mit einer starken Verteidigung und einer selbstgewählten Rolle als Richter und Vermittler in internationalen Angelegenheiten verbindet, die von Nord-Süd- zu Ost-West-Fragen, von Frau Myrdals Rolle in internationalen Abrüstungsverhandlungen bis zur neuen Kommission Olof Palmes reicht.

Die Erwähnung Olof Palmes führt auf das erstaunlichste Phänomen, nämlich die Entwicklung der sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien in Westeuropa. Man muss hier wiederum zwischen zwei verschiedenen, aber zusammenhängenden, sich wechselseitig verstärkenden Trends unterscheiden: der Radikalisierung dieser Parteien oder doch ihrer linken Flügel und ihren zunehmend antimilitärischen und antinuklearen Einstellungen.

In beiderlei Hinsicht gibt es auch Ausnahmen: Die italienischen und portugiesischen Parteien haben sich aus innenpolitischen Gründen, nämlich wegen ihrer Rivalität oder ihres Konflikts mit der jeweiligen kommunistischen Partei, eher nach rechts bewegt, während die griechische PASOK-Partei, die in ihrer Hinwendung zur Dritten Welt, ihrem populistischen Nationalismus und ihrer Feindseligkeit gegenüber den Vereinigten Staaten und dem Gemeinsamen Markt eine der radikalsten Parteien ist, dennoch kaum als sonderlich pazifistisch gelten kann, da sie nicht nur die Versenkung türkischer Schiffe in der Ägäis empfiehlt, sondern sogar mit dem Gedanken einer unabhängigen griechischen Abschreckung spielt.

Die sozialistische Partei Frankreichs stellt sowohl die grosse Ausnahme als auch die Bestätigung der beiden allgemeinen Tendenzen dar. Von Anbeginn radikalisiert – beim Kongress von Epinay – wird diese Radikalisierung bestätigt oder verstärkt durch das «gemeinsame Programm» und die Linksunion, und, nach dem Sieg, durch die Teilnahme kommunistischer Minister, die Verstaatlichungen und, auf internationaler Ebene,

die Stellungnahmen gegen den amerikanischen Imperialismus in Lateinamerika (Waffenverkauf an Nicaragua), durch die Ernennung von Régis Debray, Che Guevaras Mitstreiter, als Berater oder die französisch-mexikanische Erklärung über Salvador. Gleichzeitig relativiert die unbestrittene Autorität François Mitterrands die Rolle des marxistischen Flügels der linken CERES-Fraktion. Die entscheidenden Ministerien gehen an Gemässigte, auf internationaler Ebene ist in den ersten Monaten der sozialistischen Machtübernahme das auffallendste Ereignis die Stellungnahme gegen den Neutralismus und zugunsten des NATO-Beschlusses über die Euromissile, eine Haltung, welche Helmut Schmidt mehr unterstützt als Willy Brandt. Indem Frankreich die Wiederherstellung des Gleichgewichts über die Verhandlung stellt, steht es zwischen der Strategie des amerikanischen Präsidenten und jener des Bundeskanzlers.

Frankreich gegen den Strom

In der Einstellung zur Verteidigung und zu den Atomwaffen hatte die sozialistische Partei seit Beginn darauf geachtet, sich von der pazifistischen Tradition zu unterscheiden. Ganz im Gegenteil trugen Jean-Pierre Chevènement, Charles Hernu und Pierre Joxe dazu bei, die antimilitaristische Tradition der Linken zu bekämpfen. Genau genommen überholten sie sie im Sinne eines Nationalismus, einem «Linksgaullismus» mit antiimperialistischer und neutralisierender Resonanz, welcher ihnen den absoluten Vorrang der nuklearen Abschreckung nahelegte – und zwar in der engsten, dogmatisierten Form, jener der Verteidigung der Nation durch Androhung massiver Repressalien, was sich allerdings bei den Führern des CERES mit der dazu in Widerspruch stehenden Idee der Entnuklearisierung Mitteleuropas verbindet. Doch scheint François Mitterrand selbst dieser national-nuklearen Orthodoxie gegenüber skeptisch; bei ihm wird sie aufgewogen durch eine Mischung von Bekenntnis zur atlantischen Allianz und traditionellen Vorstellungen der Linken über kollektive Sicherheit und internationales Schiedsgericht.

Wie gross auch immer der Einfluss Frankreichs ist, der Autorität seines Präsidenten und seiner sozialistischen Partei bestätigt der Erfolg nur, wie sehr Frankreich gegen den Strom der europäischen Entwicklung schwimmt. Insgesamt überwiegen die Radikalisierung, die Re-Ideologisierung und der neue Pazifismus. Wesentlich ist, dass die Abnützung durch das Regieren und die Bürokratisierung die sozialdemokratischen Parteien dazu geführt haben, dass sie entweder die Macht verlieren und in der Opposition von ihrem linken Flügel erobert werden, oder drittens, wenn sie an der Macht

bleiben, immer mehr von jenen Militanten ihrer Linken kritisiert werden, die um ihre Identität fürchten. So finden sie vertraute Themen wieder, die sie während zwanzig Jahren aufgegeben hatten, auch jenes der Absage an die Kernwaffen. Die zwei wichtigsten Beispiele sind jene der beiden grossen traditionellen Parteien, der Labour Party und der SPD.

Labour erinnert sich daran, wie die Partei durch den Streit über die einseitige Abrüstung zerrissen wurde, und hat an ihrer Spitze in Michael Foot einen Veteranen der einstigen Kampagne für die einseitige Abrüstung – Helmut Schmidt selbst hatte sich in den Jahren 1958 und 1959 für die Ablehnung der amerikanischen taktischen Atomwaffen auf dem Territorium der Bundesrepublik ebenso heftig ausgesprochen wie seine Gegner heute. Die gegenwärtige Bewegung, die sich der Wiederaufrüstung widersetzt und der nachfolgenden, die sich gegen die amerikanischen Atomwaffen wandte. In beiden Fällen war die SPD damals als Oppositionspartei am aktivsten. Heute halten ihre Führer mindestens teilweise an ihrer Bekehrung zur Abschreckungsdoktrin der NATO fest und scheinen bei einer Mehrzahl ihrer Wähler, wenngleich nicht ihren Militanten, Verständnis zu finden.

Erstaunlich ist, dass die beiden linken Flügel, ob an der Macht oder in der Opposition, die Tendenz haben, in Punkten übereinzustimmen, die sich auf die eine oder andere Weise der NATO oder den Atomwaffen, oder zumindest dem NATO-Beschluss über die Stationierung von Raketenbasen in Europa oder dessen Inkraftsetzung ohne vorhergehende Verhandlung entgegenstellen.

Die holländische und belgische Partei, der linke Flügel der norwegischen und dänischen Partei gehen noch weiter. Auf internationaler Ebene scheinen die sozialistische Internationale und die europäische Linke, so wie sie beispielsweise in der Zusammenkunft von Madrid im Februar 1981 auftrat, auch den Satz von Liebknecht bestätigen zu wollen, an den Willy Brandt erinnert hat. «Die Sozialisten definieren sich als grosser internationaler Friedensbund.»

Deutsche Widersprüche

Eine Regierung, auch eine sozialistische, kann sich aber nicht einfach als ein «Friedensbund» definieren. Sie muss ihre pazifistischen oder internationalistischen Neigungen in einer entsprechenden Aussenpolitik zum Ausdruck bringen. Man mag ihr Problem ähnlich verstehen, wie James Q. Wilson in *Commentary* von Oktober 1980 die amerikanische Aussenpolitik analysierte: «Reagan hat als Repräsentant einer bestimmten Strömung politischen Denkens gesprochen und nicht als Führer einer gesellschaft-

lichen Bewegung. Viele Gruppen, die sich in den Reaganismus integriert haben, besitzen keine eigene weltpolitische Sicht, ausser vielleicht einer abstrakten kriegerischen Neigung (. . .) Aber diese sehr allgemein verbreiteten Meinungen sind höchstens dies: generelle Meinungen. Man kann daraus keine bestimmte Haltung zur Verteidigung ableiten, keine spezifische Initiative in der Aussenpolitik, keine kohärente Politik, obgleich bei Fehlen solcher Bestimmung nur eine katastrophale Politik möglich ist. Kurz: diese Ansichten sind eine notwendige, aber keine zureichende Voraussetzung zu einer Neuorientierung unserer Aussenpolitik (. . .) Ronald Reagan fällt die grosse Aufgabe zu, ein Regierungsprinzip zu finden, das ihm die Unterstützung einer gesellschaftlichen Bewegung eintragen kann, ohne dass er ihr Gefangener wird.»

Wir sind davon ausgegangen, dass in Europa eine gesellschaftliche Bewegung entstanden ist, die in gewissen Punkten jener von Wilson beschriebenen analog ist, aber in die entgegengesetzte Richtung tendiert. Die gleiche Vermittleraufgabe drängt sich jenen europäischen Regierungen auf, denen die Situation und die Verantwortung ihres Landes nicht erlaubt abzudanken, wie es jene der kleinen Länder tun.

Aber diese Aufgabe, die Reagan kaum bewältigt, vielmehr bis heute nicht einmal in Angriff genommen zu haben scheint, ist für den Führer einer mit einem Präsidialregime ausgestatteten Supermacht weniger schwierig als für Helmut Schmidt, den parlamentarischen Regierungschef einer mittleren Macht, der ständig versuchen muss, die drei mehr oder weniger widersprüchlichen Konsense im Gleichgewicht zu halten: den Konsens der SPD, den Konsens in der Koalition und den Konsens mit dem Bündnispartner USA.

Man könnte eine Typologie der realen oder vorgetäuschten Kompromisse aufstellen, mit welchen die Regierungen sich bemühen, ihre linken Flügel zu beschwichtigen, indem sie Zeit gewinnen und sich dann in der Falle von Vorschlägen gefangen sehen, die sie führen, wohin sie nicht wollten. Offensichtlich konzentrieren sich die verschiedenen widersprüchlichen Tendenzen, die wir genannt haben, auf die Bundesrepublik. Ihre historische Bedeutung wird schliesslich davon abhängen, was in diesem Land geschieht.

Wir wissen, dass Deutschland im Zentrum des Systems steht, alles beeinflusst, von allem beeinflusst wird. Die Bundesrepublik hat das unmittelbarste Interesse daran, gleichzeitig militärische Sicherheit und politische Entspannung zu bewahren. Es teilt mit dem protestantischen Europa seine pazifistischen Bewegungen, mit Frankreich und Grossbritannien das Interesse der alten Grossmächte an einer gewissen Autonomie Westeuropas, mit den Vereinigten Staaten die Verantwortung, eine der beiden Säulen der

Allianz zu sein, mit Norwegen und Österreich die Lage von Nachbarn des Sowjetimperiums.

Was aber ist in der deutschen Entwicklung Ausdruck allgemeiner Tendenzen der sozialdemokratischen Partei, der protestantischen Kirche oder des Generationenwechsels auf europäischer Ebene, was hat mit der Wiedergeburt einer deutschen Identität zu tun?

Das Vermächtnis der Vergangenheit ist *eine Mischung von Furcht und Schuldgefühl gegenüber der Sowjetunion, heute Bedrohung, einst Opfer; eine Mischung von Ressentiment und Selbstbestätigung gegenüber den Vereinigten Staaten, dem einstigen Wohltäter, der lästig geworden, aber noch unentbehrlich, weniger respektiert, aber gefährlicher geworden ist*. Zugleich ist da ein Wille, die Zukunft zu bewahren, indem zu hohem Preis die Bindungen mit dem anderen Deutschland aufrechterhalten werden, und in keinem Fall auf die Entspannung verzichtet wird, die ermöglicht hat, diese Bindungen auszudehnen.

Diese Einschätzung wird erschwert durch die Übertreibungen jener, die, besonders in Frankreich und in den Vereinigten Staaten, den Umfang und Gefahren des deutschen Pazifismus, Neutralismus und Nationalismus bis zur Karikatur übertreiben, wie jener, besonders in der Bundesrepublik, die sie bagatellisieren oder gar leugnen, und die unablässig von der Komplementarität zwischen Gleichgewicht und Verhandlung, Wiederaufrüstung und Rüstungskontrolle, Verteidigung und Entspannung sprechen.

Diese Komplementarität ist freilich das einzige Mittel für Schmidt und Genscher, das Unvereinbare, nämlich die Pressionen der zwei entgegengesetzten «moralischen Mehrheiten», der amerikanischen und der europäischen, zu vereinen. Insbesondere die Rüstungskontrolle mit der Verbindung Gleichgewicht und Verhandlung ist das Banner, hinter welchem sie ihre politische Existenz verteidigen. Sie müssen ihrem linken Flügel die Wiederaufrüstung und die amerikanischen Raketen annehmbar machen, der Administration Reagan die strategischen Verhandlungen und die Entspannung. Das liegt in der Natur der Dinge. Dennoch bleibt es illusorisch, eine abstrakte Formel weit genug auszudehnen, um den rechten Flügel der amerikanischen Republikaner und den linken Flügel der deutschen Sozialdemokraten, und schliesslich das Pentagon und den Kreml unter ein Dach zu bringen. Die «Normalisierung» Polens lässt den schmalen Spielraum noch schrumpfen. Nichts kann die Tatsache total verdunkeln, dass diese Bewegungen gegensätzliche Auffassungen und Bestrebungen vertreten, und dass keine von ihnen sich mit einer vermittelnden Weisheit zufrieden gibt.

In diesem Sinn erleben wir eine Rückkehr zu den Anfängen der Nachkriegszeit, als sich im Westen Linke und Rechte gegenüberstanden, namentlich in der Frage der deutschen Wiederbewaffnung und der Kernwaffen. Im

Laufe der sechziger Jahre hatte sich ein gewisser strategischer und diplomatischer Konsens angebahnt; die Linke akzeptierte das Atom und die NATO, die Rechte die Entspannung. Als diese sich abschwächte und die Sowjetmacht erstarkte, begann der Konsens abzubröckeln. Sogar wenn sich die Europäer und Amerikaner wie im Fall der NATO-Raketen auf einen Entschluss einigen, neigen sie dazu, ihm nicht mehr den gleichen Sinn beizumessen.

Hinter den Kompromissformeln der Diplomaten spürt man *das Erwachen des neuen amerikanischen Nationalismus, mit weltumfassender und rechtslastiger Tendenz, und eines neuen deutschen Nationalismus mit pazifistischer und linkslastiger Tendenz.*

Innerhalb der amerikanisch-europäischen Beziehungen ist zum ersten Mal seit den fünfziger Jahren ein altvertrautes Phänomen wieder aufgetaucht: das Eindringen gesellschaftlicher Bewegungen in die internationale Diplomatie und Strategie.



ATAG

Wirtschaftsprüfung
Wirtschaftsberatung

Allgemeine
Treuhand AG